

Fragen

**für die Fragestunde der 229. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. April 2002**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	38, 39	Mehl, Ulrike (SPD)	1, 45
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	30, 31	Niebel, Dirk (FDP)	47, 48
Deichmann, Christel (SPD)	43, 44	Nolting, Günther Friedrich (FDP)	14
Gehrcke, Wolfgang (PDS)	34, 35	Parr, Detlef (FDP)	36, 37
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	46	Dr. Schäfer, Hansjörg (SPD)	12, 13
Günther, Joachim (Plauen) (FDP)	28, 29	Dr. Schwaetzer, Irmgard (FDP)	51, 52
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	2, 3	Dr. Seifert, Ilja (PDS)	6, 7
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	8, 9	Siemann, Werner (CDU/CSU)	15, 16
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	49, 50	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) ...	33, 42
Koppelin, Jürgen (FDP)	10, 11	Widmann-Mauz, Annette (CDU/CSU)	24, 25
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	5, 32	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	4, 23
Lietz, Ursula (CDU/CSU)	26, 27	Wright, Heidi (SPD)	40, 41
Lohmann, Wolfgang (Lüdenscheid)	21, 22	Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	19, 20
(CDU/CSU)			
Dr. Luther, Michael (CDU/CSU)	17, 18		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD) Was sind die wesentlichen Inhalte des geplanten aktionsorientierten Arbeitsprogramms zum Schutz der Wälder, das derzeit in Den Haag auf der 6. Vertragsstaatenkonferenz zur Biodiversitätskonvention verhandelt wird, und wie hat die Bundesregierung ihre Position in das Programm eingebracht?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

2. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU) Wie hoch sind die unterstützenden Finanzmittel von Seiten der Bundesregierung für den Aufbau von Kapazitäten in Ländern der Dritten Welt für die Beurteilung von Risiken im Zusammenhang mit der Nutzung und dem Inverkehrbringen gentechnisch veränderter Organismen und für den Nachweis dieser Organismen (länderspezifische Aufteilung, wenn möglich)?
3. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU) Wie hoch sind die unterstützenden Finanzmittel von Seiten der Bundesregierung für die Forschung und Entwicklung an agrarisch genutzten Pflanzen in diesen Ländern, und in diesem Zusammenhang der Anteil der Forschungsmittel, der für die Nutzung gentechnischer Methoden zur Verbesserung dieser Pflanzen eingesetzt wird, und ist damit zu rechnen, dass diese Mittel in Zukunft aufgestockt oder reduziert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

4. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU) In welcher Besoldungsstufe sind die Leiter der Leitungsstäbe bzw. die Leiter der Ministerbüros – im Vergleich zum Bundesministerium für Gesundheit (BMG) – in den übrigen Bundesministerien eingestuft?**)

*) siehe hierzu auch Frage 45

**) siehe hierzu auch Frage 23

5. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)
- Welche Auswirkungen ergeben sich nach Ansicht der Bundesregierung im Hinblick auf den Kreis der Antragsberechtigten nach § 1 Abs. 6 Häftlingshilfegesetz (HHG) als Folge der im Februar ergangenen Bearbeitungshinweise des Bundesministeriums des Innern (Geschäftszeichen: SH II 1-906171/2), wonach bei Zivildeportierten aus den ehemaligen Reichsgebieten jenseits von Oder und Neiße grundsätzlich von vordringlichen sicherheitspolitischen Erwägungen der Gewahrsamnahme, trotz nachfolgender Heranziehung zur Zwangsarbeit, ausgegangen wird, und stehen ausreichend finanzielle Mittel für einen gegebenenfalls größeren Kreis von Antragsberechtigten zur Verfügung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

6. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS)
- Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung – wie in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. April 2002 berichtet – entgegen ursprünglichen Prognosen (s. Plenarprotokoll 14/200 vom 14. November 2001, S. 19630 A) in dieser Legislaturperiode kein Zivilrechtliches Antidiskriminierungsgesetz (ZAG) mehr in den Deutschen Bundestag einbringen wird, und wenn ja, aus welchen Gründen nimmt sie von diesem wichtigen gesetzgeberischen Vorhaben Abstand?
7. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS)
- Welche Bedenken wurden – insbesondere von Arbeitgeberverbänden und den Kirchen – gegen das Gesetzentwurfsvorhaben vorgebracht, und wie will die Bundesregierung angesichts nachdrücklicher Forderungen der Betroffenenorganisationen, z. B. von Menschen mit Behinderungen, von Migranten, von Lesben und Schwulen u. a., deren Diskriminierungen ja geächtet und geahndet werden sollen, nach Verabschiedung eines umfassenden Antidiskriminierungsgesetzes diesen Bedenken künftig begegnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

8. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um im Zuge der von der EU-Kommission geplanten Neuregelung der Definition kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) die Position privater Unternehmen zu stärken, damit diese künftig besser im Wettbewerb mit der öffentlichen Hand bestehen können, und sieht die Bundesregierung hier eine Chance, den Staat zu verschlanken und vor allem kleinen und mittleren Handwerksbetrieben neue Tätigkeitsfelder zu erschließen?
9. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Gründe führt die Bundesregierung in ihrem Beitrag zu dem von der EU-Kommission momentan erarbeiteten Grundsatzdokument („Grünbuch“) zum Thema „Unternehmergeist“, das noch vor dem Frühjahr 2003 vorliegen soll, dafür an, dass die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich des Gründerklimas den 22. Platz unter 29 Staaten einnimmt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

10. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wie viele Planstellen gibt es in der Bundeswehr für die Funktion „Food & Beverage Manager“?
11. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Wie viele Bundeswehrsoldaten werden zurzeit im Rahmen der Qualifizierungsoffensive der Bundeswehr zum „Food & Beverage Manager“ ausgebildet?
12. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung geplant, um die erhebliche Lärmbelästigung – insbesondere durch Nachtflüge – der Bürgerinnen und Bürger, die im Einzugsgebiet von US-Militärflughäfen leben, zu verringern, und welche speziellen Erwägungen gibt es hierbei zu den US-Stützpunkten in Ramstein und Spangdahlem, die seit dem 11. September 2001 eine auffällige Steigerung der Starts und Landungen verzeichnen und ferner durch die

Auflösung der Rhein/Main-Airbase die jeweils anässige Bevölkerung einer neuerlichen Zunahme der Lärmimmission aussetzen werden?

13. Abgeordneter
Dr. Hansjörg Schäfer
(SPD)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung zum Urteil des 4. Senats des BVerwG vom 21. März 1996, in dem das Gericht unter anderem feststellt: „[...] der Gesetzgeber ermächtigt den Verordnungsgeber nicht, Immissionsgrenzwerte festzulegen, die im Falle einer summierten Immission zu einer Gesundheitsgefährdung der Betroffenen führen. [...]“ und diesbezüglich zu den Regionen rund um US-Militärflughäfen, und beabsichtigt die Bundesregierung in Anbetracht solcher Erkenntnisse, neuerliche Nachtflugausnahmegenehmigungen für US-Einheiten zu erteilen, wie dies in den zurückliegenden Jahren beispielsweise für die in Landstuhl stationierte USAREUR-Einheit geschah?

14. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP)

Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung den „Blankeneser Erlass“ vom 21. März 1970, der insbesondere die Verantwortung des Generalinspektors der Bundeswehr für die Gesamtaufgaben der Streitkräfte und die Verantwortung der Inspektoren für die Einsatzbereitschaft ihrer Teilstreitkraft regelt, durch einen neuen Erlass zu ersetzen, um die gegenwärtig unklare Führungssituation in der Bundeswehr zu beseitigen?

15. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)

Beabsichtigt das Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen der Neuorganisation der Familienbetreuungszentren (FBZ), nur zehn dieser Zentren probeweise bis zur Erstellung des Erfahrungsberichtes und nicht, wie ursprünglich in den „konzeptionellen Grundlagen“ beabsichtigt, 31 FBZ mit hauptamtlichem Personal einzurichten, und wenn ja, wie soll zukünftig eine flächendeckende, professionelle und bedarfsgerechte Versorgung der Bundeswehrangehörigen sichergestellt werden?

16. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)

Wie viele Soldaten sind 2001 und im laufenden Jahr unter Verzicht auf Geld- und Sachbezüge vorzeitig, auf eigenen Wunsch aus der Bundeswehr ausgeschieden, und wie viele länger dienende Soldaten rekrutierten sich in den letzten vier Jahren aus Wehrpflichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

17. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Bundestagsdrucksache 14/8459) genannte Summe von 853 546,38 Euro tatsächlich alle Kosten für die seit Beginn der Legislaturperiode vollzogenen Entlassungen der zwei Staatssekretäre und fünf Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) umfassen?
18. Abgeordneter
Dr. Michael Luther
(CDU/CSU)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der in dem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) an den Haushaltsausschuss vom 7. November 2001 (Ausschussdrucksache 14/3100) genannten Anzahl von 53 Mitarbeitern im Leitungsbereich des BMG und der in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Bundestagsdrucksache 14/8459) genannten Anzahl von 38 Mitarbeitern im Leitungsbereich des BMG?
19. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat das BMG die in dem Bericht des Bundesrechnungshofes vom 10. Juni 1996 genannten Forderungen zur Straffung und Verschlan-
kung der Organisationsstruktur des BMG umgesetzt?
20. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)
- Wie viele Referate gab es zum 1. Oktober 1998 in den Abteilungen Z, 1, 2 und 3 des BMG, und wie viele Referate waren dies zum 1. März 2002?
21. Abgeordneter
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die Stellenerhebung der Leiterin des Leitungsstabes des BMG auf B 6 mit einem ku-Vermerk im Haushaltsplan verbunden ist?
22. Abgeordneter
Wolfgang Lohmann (Lüdenscheid)
(CDU/CSU)
- Welcher Besoldungsgruppe bzw. Tarifgruppe gehörten die in der Antwort der Bundesregierung zur Frage 6 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Bundestagsdrucksache 14/8459) erwähnten Mitarbeiter, die zuvor in den Fraktionen SPD und

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschäftigt waren, vor ihrer Einstellung in das BMG an, und in welcher Zeit haben sie innerhalb des BMG ihre gegenwärtige Besoldungsgruppe bzw. Tarifgruppe erreicht?

23. Abgeordneter
**Aribert
Wolf**
(CDU/CSU)
- Wie begründet die Bundesregierung die Einstufung der Leiterin des Leitungsstabes analog zu einer Leiterin einer Unterabteilung, falls die Bundesregierung die vom BMF in seinem Schreiben vom 7. November 2001 (Ausschussdrucksache 14/3100 des Haushaltsausschusses) genannte Zahl von 53 Mitarbeitern des Leitungsbereichs nicht bestätigen kann und dort nur – wie in der Antwort der Bundesregierung auf die Frage 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (Bundestagsdrucksache 14/8459) ausgeführt – 38 Mitarbeiter oder – wie in der Antwort zur Frage 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der CDU/CSU (a. a. O.) ausgeführt – gar nur 24 Mitarbeiter beschäftigt sein sollten, und womit ist dann die hohe Einstufung der Leiterin des Leitungsstabes mit B 6 zu rechtfertigen?*)
24. Abgeordnete
**Annette
Widmann-Mauz**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass die beiden Anfang 2001 entlassenen Abteilungsleiter des BMG vor ihrer Entlassung verbeamtet worden sind, und wenn ja, in welcher Weise sind dadurch deren Versorgungsansprüche gestiegen?
25. Abgeordnete
**Annette
Widmann-Mauz**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung ferner bestätigen, dass das BMG plant, den derzeitigen Leiter der Abteilung 2 noch in dieser Legislaturperiode zu verbeamteten?
26. Abgeordnete
**Ursula
Lietz**
(CDU/CSU)
- Warum ist es nicht möglich, Erkrankungen in das Bundeskrebsregister, in dem nur Todesfälle registriert werden, zu übernehmen, um so die Möglichkeit der statistischen Auswertung, z. B. nach Gebiet, Alter und familiärem Umfeld, zu haben?
27. Abgeordnete
**Ursula
Lietz**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für machbar, eine Standardisierung der verschiedenen Landeskrebsregister vorzunehmen, um so eine Vergleichbarkeit der Fälle und eine bundesweite Auswertung zu ermöglichen?

*) siehe hierzu auch Frage 4

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

28. Abgeordneter
**Joachim
Günther
(Plauen)
(FDP)** Welche konkreten Schritte hat die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Rede des Bundeskanzlers, Gerhard Schröder, auf dem Ostparteitag der SPD, in der er den vorrangigen Bau der Bundesautobahn A72 Chemnitz–Leipzig angekündigt hat, seitdem eingeleitet?
29. Abgeordneter
**Joachim
Günther
(Plauen)
(FDP)** Welche finanziellen Mittel wurden konkret bereitgestellt, um die Planungs- und Bauleistungen in die Tat umzusetzen?
30. Abgeordneter
**Wolfgang
Dehnel
(CDU/CSU)** Ist davon auszugehen, dass die Bundesautobahn A72 Chemnitz–Leipzig vollständig in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird?
31. Abgeordneter
**Wolfgang
Dehnel
(CDU/CSU)** Wird die Fertigstellung des Abschnittes zwischen Chemnitz und Borna bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 realisiert?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

32. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU)** Aufgrund welcher Prüfungen und diesbezüglicher Ergebnisse gelangt die Bundesregierung zu der Auffassung, dass sie die umstrittenen Benesch-Dekrete nicht zum Gegenstand der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik machen wird (Quelle: dpa vom 8. April 2002), und wie bewertet sie vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass der Auswärtige Ausschuss des Europäischen Parlaments die Vereinbarkeit der Benesch-Dekrete mit den Rechtsgrundsätzen der Europäischen Union durch ein Rechtsgutachten prüfen lässt?

33. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Warum oblag die Leitung der deutschen Delegation bei der Geberkonferenz für Mazedonien am 13. März 2002 dem Auswärtigen Amt, obwohl der weitaus größte Teil der dort getätigten Zusagen in die Verantwortung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fällt?
34. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Wie bewertet die Bundesregierung die jüngsten Vorwürfe gegen den Generaldirektor der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus (vgl. New York Times vom 8. April 2002)?
35. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(PDS)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um eine Gefährdung der Arbeit der OPCW – vor allem durch unzureichende finanzielle Ausstattung – zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

36. Abgeordneter
Detlef Parr
(FDP)
- Wie reagiert die Bundesregierung darauf, dass Beamte der Europäischen Kommission die Bundesregierung für ihre bisherige Ablehnung eines Totalverbots der Tabakwerbung öffentlich kritisiert und ein Totalverbot der Tabakwerbung durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gefordert haben (vgl. Financial Times Deutschland vom 19. März 2002)?
37. Abgeordneter
Detlef Parr
(FDP)
- Hat die Bundesregierung einem Verhandlungsmandat an die Europäische Kommission zugestimmt, das diese ermächtigt, bei den Beratungen über eine internationale Tabakkonvention der WHO auch über ein Totalverbot der Tabakwerbung zu verhandeln?
38. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU)
- Wodurch unterscheiden sich nach Ansicht der Bundesregierung die beiden Waldzertifizierungssysteme FSC (Forest Stewardship Council) und PEFC (Pan-European Forest Certification) qualitativ, und wer-

den bei der Erstellung und Überprüfung der Zertifizierung bei beiden Systemen jeweils einheitliche Kriterien angewandt?

39. Abgeordnete
Ilse Aigner
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung mit FSC nur eines der beiden Waldzertifizierungssysteme anzuerkennen und zu fördern, obwohl sich bereits über 3 000 Betriebe und Forstzusammenschlüsse in Deutschland mit einer Fläche von mehr als 5,6 Mio. ha Wald (entspr. etwa 52 % der Gesamtwaldfläche) freiwillig und über den gesetzlich vorgeschriebenen Standard hinaus nach dem System PEFC zertifiziert haben?
40. Abgeordnete
Heidi Wright
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeit ein, Moratorien für industrielle Abholzungen in den letzten unberührten Urwaldgebieten zu erreichen?
41. Abgeordnete
Heidi Wright
(SPD)
- Wie können nach Ansicht der Bundesregierung die Anwendung und die Akzeptanz für das Siegel des FSC und andere vergleichbare Siegel gesteigert werden?
42. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass die vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Gerald Thalheim, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 13. März 2002 (Plenarprotokoll 14/223, S. 22139 B ff.) angedeutete Möglichkeit, beim Pflanzenschutz in der Landwirtschaft eine Ausnahmegenehmigung für bestimmte Pflanzenschutzmittel bei Gefahr in Verzug, z. B. bei der Bekämpfung der Kirschfruchtfliege zu erlassen, nach Auffassung der Biologischen Bundesanstalt auf keinen Fall bedeuten kann, dass das Mittel Lebaycid zum Einsatz kommen darf (vgl. Badische Zeitung vom 4. April 2002)?
43. Abgeordnete
Christel Deichmann
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Einfuhr von illegal geschlagenem Tropenholz zu unterbinden?

44. Abgeordnete
**Christel
Deichmann**
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um den immer noch fortschreitenden Moorabbau und die damit verbundenen Folgen für die biologische Vielfalt zu unterbinden, und liegen darüber hinaus Konzepte zur Minderung der Schwefel- und Stickstoffeinträge vor?
45. Abgeordnete
**Ulrike
Mehl**
(SPD)
- Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung zur Realisierung des Urwaldschutzprogrammes kurzfristig um, und welche Maßnahmen sind mittelfristig geplant?*)
46. Abgeordneter
**Günter
Graf
(Friesoythe)**
(SPD)
- Was ist unter einer Haltungseinrichtung für Legehennen zu verstehen, die in der 1. Verordnung zur Änderung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung vom 28. Februar 2002 beschrieben wird, wo geregelt ist, dass abweichend vom § 13 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung Legehennen noch bis zum 31. Dezember 2011 in dort beschriebenen Haltungseinrichtungen gehalten werden dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

47. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu Interessenüberschneidungen bei der Vergabe öffentlicher Mittel vor dem Hintergrund, dass sowohl Arbeitgeberverbände wie Gewerkschaften Weiterbildungsunternehmen besitzen, die durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (BA) finanziert werden, wobei gleichzeitig in den Selbstverwaltungen der BA, der Landesarbeitsämter und der Arbeitsämter einerseits und den Aufsichtsgremien der Weiterbildungsunternehmen andererseits häufig dieselben Personen sitzen, [vgl. Bericht des stern vom 14. März 2002, wonach Ursula Engelen-Kefer sowohl seit 1978 Vorstandsmitglied – zwischenzeitlich Vizepräsidentin der BA – als auch gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzende des Berufsbildungswerkes (bfw), einem Bildungsunternehmen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, ist], so dass damit ein Vorstandsmitglied der BA über Beitragsmittel entscheidet, die auch an ein Unternehmen fließen, an dessen Spitze es selbst steht?

*) siehe hierzu auch Frage 1

48. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- In wie vielen Fällen gab es bis zum 31. März 2002 solche personellen Konstellationen wie in Frage 47 skizziert (Personengleichheit in einem Selbstverwaltungsorgan der BA und in einem Aufsichts-/Führungsgremium eines Bildungsträgers – bitte aufgeschlüsselt nach den Personen/Bildungsträgern Verwaltungsrat der BA, Verwaltungsausschüsse der Landesarbeitsämter und Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter)?
49. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)
- Welche Formen der Evaluierung und systematischen Qualitätskontrolle der Weiterbildungsmaßnahmen der Arbeitsämter gibt es, und gibt es insbesondere über bloße Eingliederungsbilanzen hinaus, wie sie jüngst durch das so genannte Job-AQTIV-Gesetz eingeführt wurden, ein Controlling, mit dem die entscheidende Frage der Evaluierung beantwortet wird, was aus den Teilnehmern geworden wäre, hätten sie nicht an der Maßnahme teilgenommen?
50. Abgeordneter
**Dr. Heinrich L.
Kolb**
(FDP)
- Welche Anreize für eine sparsame und effiziente Verwendung der Beitragsmittel gibt es in der „Arbeitslosenindustrie Weiterbildung“?
51. Abgeordnete
**Dr. Irmgard
Schwaetzer**
(FDP)
- Wie steht die Bundesregierung zu verfassungsrechtlichen Bedenken an der Konstruktion der Selbstverwaltung der BA, wonach aus dem Demokratieprinzip folge, dass alle politische Macht auf das Volk als Souverän zurückzuführen sein müsse, im ministerialfreien Raum der Selbstverwaltung jedoch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung weder ein Weisungsrecht noch sonst einen Einfluss ausüben, noch die volle Verantwortung für die Ausgaben übernehmen könne, und dies demzufolge besonders gravierend für Politikbereiche von großer politischer Tragweite wie der deutschen Arbeitsmarktpolitik mit einem Volumen von 22 Mrd. Euro sei?
52. Abgeordnete
**Dr. Irmgard
Schwaetzer**
(FDP)
- Wie hoch ist die Zahl der Weiterbildungsfirmen mit öffentlichem Auftrag, wer sind die größten Anbieter auf dem Weiterbildungsmarkt?

